

Art. 9. Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2014.
Kondigen dit decreet af, bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.
Brussel, 30 april 2015.

De Minister-President,
R. DEMOTTE

De Vice-President en Minister van Onderwijs, Cultuur en Kind,
Mevr. J. MILQUET

De Vice-President en Minister van Hoger Onderwijs, Onderzoek en Media,
J.-Cl. MARCOURT

De Minister van Hulpverlening aan de Jeugd, Justitiehuzen en Promotie van Brussel,
R. MADRANE

De Minister van Sport,
R. COLLIN

De Minister van Begroting, Ambtenarenzaken en Administratieve Vereenvoudiging,
A. FLAHAUT

De Minister van Onderwijs voor sociale promotie, Jeugd, Vrouwenrechten en Gelijke Kansen,
Mevr. I. SIMONIS

—
Nota

(1) Zitting 2014-2015

Stukken van het Parlement.- Voorstel van decreet, nr. 61-1.- Commissieamendementen, nr. 61-2.- Verslag, nr. 61-3.
Integraal verslag.- Bespreking en aanneming. Vergadering van 29 april 2015.

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2015/202649]

23. APRIL 2015 — Erlass der Regierung zur Regelung der Spesenerstattung in gewissen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 § 3 Absatz 1, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 24. Dezember 1964 zur Festlegung der Aufenthaltskostenentschädigungen für Personalmitglieder der föderalen öffentlichen Dienste;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. Januar 1965 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über Fahrtkosten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 zur Einführung einer allgemeinen Regelung in Bezug auf Vergütungen, Zulagen und Prämien aller Art zugunsten des Personals der föderalen öffentlichen Dienste;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 16. März 2001 bezüglich der allgemeinen Fahrtentschädigungen für das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie für das Personal von Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Protokolls des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S1/2015 vom 19. Januar 2015;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 21. Januar 2015;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates Nr. 57.110/3, das am 13. März 2015 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, die Finanzen und das Personalwesen;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE Bedingungen der Spesenerstattung

Artikel 1 - Anwendungsbereich

§ 1 - Der vorliegende Erlass ist anwendbar auf die Bediensteten der in Artikel 2 Nummer 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Einrichtungen.

§ 2 - In Abweichung von Paragraph 1 findet der vorliegende Erlass keine Anwendung auf:

1. die Dienste mit getrennter Geschäftsführung des Gemeinschaftsunterrichtswesens, mit Ausnahme des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen";
2. die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

In Abweichung von Paragraph 1 findet der vorliegende Erlass keine Anwendung auf:

1. die Beförderungskosten der Personalmitglieder gemäß dem Erlass der Regierung vom 30. November 2000 über den Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses zu den Beförderungskosten der Personalmitglieder;
2. die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg gemäß dem Erlass der Regierung vom 20. Dezember 2000 über die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg zu Gunsten der Personalmitglieder des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. die Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in gewissen Gremien und Verwaltungsräten gemäß dem Erlass der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Einrichtung: alle Einrichtungen im Sinne von Artikel 1;
2. Spesen: alle durch den Bediensteten im Interesse oder Auftrag der Einrichtung getragenen finanziellen Auslagen, die bei der Ausführung eines Dienstauftrages unmittelbar anfallen;
3. gewöhnlicher Arbeitsplatz: der Arbeitsplatz der Bediensteten der Einrichtungen, der für die Dienste der Hauptverwaltung und die Dienste mit getrennter Geschäftsführung durch den Direktionsrat des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und für die Einrichtungen öffentlichen Interesses durch den jeweiligen geschäftsführenden Direktor als gewöhnlich festgelegt wird;
4. Minister: der für die Finanzen zuständige Minister.

Art. 3 - Grundsatz der Spesenerstattung

Nur in den im vorliegenden Erlass geregelten Fällen können Spesen erstattet werden.

Der Minister kann die Fälle bestimmen, in denen aufgrund spezifischer Spesenregelungen der vorliegende Erlass keine Anwendung findet.

Art. 4 - Belegbarkeit der Spesen

§ 1 - Die Spesenerstattung erfolgt ausschließlich gegen Vorlage des Originals eines quittierten Rechnungsbeleges. Als Original eines quittierten Rechnungsbeleges gelten insbesondere:

1. eine quittierte Rechnung;
2. eine Rechnung samt Zahlungsnachweis, insbesondere ein Kontoauszug;
3. ein entwerteter Fahrschein für ein öffentliches Transportmittel;
4. eine Lieferungs- oder Dienstleistungsquittung mit mindestens folgenden Angaben:
 - a) Name und Anschrift des Lieferanten oder Dienstleisters;
 - b) Quittungsnummer;
 - c) Datum der Lieferung oder Dienstleistung;
 - d) Gegenstand der Lieferung oder Dienstleistung;
 - e) Betrag einschließlich der Mehrwertsteuer;
5. eine Mehrwertsteuerquittung.

Zahlungsnachweise gelten alleine nicht als Original eines quittierten Rechnungsbeleges.

§ 2 - In Abweichung von Paragraph 1 kann die Spesenerstattung gemäß den in Kapitel 2 festgelegten Bedingungen pauschal erfolgen.

Art. 5 - Dienstliche Begründung der Spesen

§ 1 - Es werden ausschließlich Spesen erstattet, die bei der Ausführung eines Dienstauftrags anfallen und dadurch begründet sind.

Werden dem Bediensteten bei der Ausführung eines Dienstauftrages Auslagen unmittelbar durch Dritte als Spesen erstattet beziehungsweise Sachleistungen nicht in Rechnung gestellt, eröffnet dies ausschließlich ein Anrecht auf Spesenerstattung im Rahmen des vorliegenden Erlasses für den anteiligen Betrag, der nicht bereits durch Dritte erstattet beziehungsweise übernommen wurde.

§ 2 - Der Vorgesetzte kann bestimmen, dass die Spesenabrechnung eines Bediensteten nur dann berücksichtigt wird, wenn eine vorherige ausdrückliche Genehmigung vorliegt. Gegebenenfalls teilt der Vorgesetzte dies dem Bediensteten im Vorfeld mit.

In Abweichung von Absatz 1 bedürfen Spesen, welchen ein Auslandsaufenthalt mit Übernachtung zugrunde liegt oder welche sich auf die Erstattung von Mitgliedsbeiträgen an Fachverbände beziehen, immer der vorherigen Genehmigung durch den Vorgesetzten.

Der Vorgesetzte verweigert die Spesenerstattung ganz oder teilweise, wenn die ihm vorgelegte Spesenabrechnung nicht oder nicht ausreichend dienstlich begründet ist.

KAPITEL 2 — Besondere Bedingungen der spesenerstattung

Abschnitt 1 - Erstattung der Kosten von Dienstfahrten

Unterabschnitt 1 - Allgemeine Bestimmungen

Art. 6 - Erstattung der Kosten von Dienstfahrten

Die durch dienstliche Fahrten entstehenden Kosten geben Anlass zur Spesenerstattung gemäß den im vorliegenden Abschnitt festgehaltenen Regeln.

Art. 7 - Geeignetes Transportmittel

§ 1 - Jede dienstliche Fahrt erfolgt mit dem Transportmittel, das aufgrund der Fahrtkosten und der Fahrtdauer am besten geeignet ist.

Unbeschadet des Paragraphen 3 sind grundsätzlich öffentliche Transportmittel oder Dienstfahrzeuge der Einrichtung für dienstliche Fahrten zu nutzen.

§ 2 - Wenn zum einen kein Dienstfahrzeug zur Verfügung steht oder sich durch dessen Nutzung die Fahrtzeit wesentlich verlängert und zum anderen der Rückgriff auf öffentliche Transportmittel unzumutbar ist oder das Interesse des Dienstes es erfordert, kann von Paragraph 1 abgewichen werden.

§ 3 - Den Mitgliedern des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie den geschäftsführenden Direktoren der Einrichtungen öffentlichen Interesses wird für dienstliche und private Zwecke ein Amtsfahrzeug zur Verfügung gestellt. Die private Nutzung wird steuerlich als geldwerter Vorteil angesehen.

Der Minister kann:

1. die Modalitäten zur Anschaffung und Nutzung der Amtsfahrzeuge vorschreiben;
2. die Fälle bestimmen, in denen in Abweichung von Absatz 1 anderen Bediensteten ebenfalls ein Amtsfahrzeug zur Verfügung gestellt wird.

Unterabschnitt 2 - Öffentliche Transportmittel

Art. 8 - Rückgriff auf öffentliche Transportmittel

Die mit öffentlichen Transportmitteln unternommenen Fahrten geben ausschließlich Anrecht auf eine Erstattung der effektiv angefallenen Spesen auf Grundlage der offiziellen Tarife.

Der Minister kann die Verwendung bestimmter Tarifformeln vorschreiben.

Unterabschnitt 3 - Dienstfahrzeuge der Einrichtungen

Art. 9 - Rückgriff auf Dienstfahrzeuge der Einrichtungen oder Amtsfahrzeuge

Die mit einem Dienstfahrzeug einer Einrichtung oder einem Amtsfahrzeug unternommenen Fahrten geben kein Anrecht auf eine Kilometerentschädigung gemäß Artikel 12.

Art. 10 - Fahrtenbuch

Für jedes Dienstfahrzeug einer Einrichtung wird ein Fahrtenbuch geführt.

Unterabschnitt 4 - Privatfahrzeuge der Bediensteten

Art. 11 - Rückgriff auf Privatfahrzeuge der Bediensteten

Die mit dem Privatfahrzeug eines Bediensteten unternommenen dienstlichen Fahrten geben Anrecht auf eine Kilometerentschädigung gemäß Artikel 12, insofern die in Artikel 7 § 2 aufgeführten Bedingungen eingehalten werden.

Falls die in Artikel 7 § 2 aufgeführten Bedingungen nicht eingehalten werden, wird eine Spesenerstattung auf Grundlage der offiziellen Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel vorgenommen.

Falls einer Person ein Amtsfahrzeug zur Verfügung gestellt wird, geben die mit einem Privatfahrzeug unternommenen dienstlichen Fahrten kein Anrecht auf eine Kilometerentschädigung gemäß Artikel 12.

Art. 12 - Kilometerentschädigung

Die Spesenerstattung für dienstliche Fahrten mit dem Privatfahrzeug der Bediensteten geschieht in Form einer pauschalen Kilometerentschädigung von 0,3468 EUR pro Kilometer Fahrtstrecke.

Die Kilometerentschädigung deckt alle durch die Benutzung des Fahrzeugs entstehenden Kosten, mit Ausnahme der anfallenden Maut- und Parkgebühren und der in Artikel 13 erwähnten Kaskoversicherung für die dienstlichen Fahrten.

Der Betrag der Kilometerentschädigung wird jährlich am 1. Juli um einen Bruch angepasst, dessen Nenner der Verbraucherpreisindex des Monats Mai des laufenden Jahres und dessen Zähler der Verbraucherpreisindex des Monats Mai des vorherigen Jahres ist. Das Ergebnis wird bis zur vierten Dezimalstelle einschließlich bestimmt und kaufmännisch gerundet.

Art. 13 - Kaskoversicherung

Die Einrichtungen übernehmen proportional zur dienstlichen Nutzung des Privatfahrzeugs die Kosten einer Kaskoversicherung, um die Gefahren zu decken, denen die Bediensteten, die ihr Privatfahrzeug für dienstliche Fahrten benutzen, ausgesetzt sind.

Die Versicherungsmodalitäten und die Berechnungsweise werden durch den Minister festgelegt.

Art. 14 - Mindestfahrtstrecke

Eine Kilometerentschädigung gemäß Artikel 12 erfolgt erst ab einer Fahrtstrecke von insgesamt 5 Kilometern pro Dienstfahrt.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Minister die Mindestfahrtstrecke für bestimmte Bedienstete aufheben.

Art. 15 - Berechnung der Fahrtstrecke

Die Fahrtstrecke wird auf der Grundlage der Kilometerentfernung der schnellsten Strecke zwischen dem Zentrum des Abfahrtortes und dem Zentrum des Ankunftsortes berechnet.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Minister eine pauschale Kilometerentfernung für bestimmte Fahrtstrecken festlegen.

Beginnt oder endet die dienstliche Fahrt nicht am gewöhnlichen Arbeitsplatz des Bediensteten, ist für die Berechnung der Fahrtstrecke die Entfernung zwischen dem tatsächlichen Wohnsitz und dem gewöhnlichen Arbeitsplatz von der gesamten Kilometerentfernung abzuziehen.

Vorbehaltlich auf gewisse Bedienstete anwendbarer besonderer Regelungen der Arbeitszeit beginnt und endet eine dienstliche Fahrt am Wochenende, an einem gesetzlichen Feiertag oder an einem der den gesetzlichen Feiertagen gleichgestellten Tagen in Abweichung von Absatz 3 am tatsächlichen Wohnsitz des Bediensteten.

Abschnitt 2 - Erstattung der Kosten bei Aufenthalten mit Übernachtung

Art. 16 - Mehrtägige Aufenthalte mit Übernachtung

Die durch mehrtägige dienstliche Aufenthalte mit Übernachtung der Bediensteten außerhalb des gewöhnlichen Arbeitsplatzes entstehenden Aufenthaltskosten geben Anlass zur Spesenerstattung gemäß den im vorliegenden Abschnitt festgehaltenen Regeln.

Die Spesenerstattung geschieht in Form einer Erstattung der belegbaren Ausgaben.

Art. 17 - Mindestentfernung

Eine Spesenerstattung gemäß Artikel 16 erfolgt ausschließlich für Aufenthalte, die in einer Entfernung von mindestens 25 Kilometern vom gewöhnlichen Arbeitsplatz des Bediensteten stattfinden.

Abschnitt 3 - Erstattung der Bewirtungskosten

Art. 18 - Erstattung der Bewirtungskosten

Die durch dienstliche Arbeitsessen entstehenden Bewirtungskosten geben Anlass zur Spesenerstattung gemäß den im vorliegenden Abschnitt festgehaltenen Regeln.

Art. 19 - Restaurantkostenerstattung

Die Spesenerstattung für dienstliche Arbeitsessen geschieht in Form einer Erstattung der belegbaren Ausgaben. Folgende Angaben werden neben den Originalbelegen der Spesenabrechnung des Bediensteten beigelegt:

1. Name und Ort des Restaurants;
2. Datum des Arbeitsessens;
3. Anzahl der anwesenden Personen;
4. Begründung.

Abschnitt 4 - Erstattung verschiedener Kosten**Art. 20 - Erstattung von Telefon- und sonstigen Kommunikationsgebühren**

§ 1 - Die durch dienstliche Telefonate oder sonstige Kommunikationsmittel entstehenden Kosten geben Anlass zur Spesenerstattung gemäß den im vorliegenden Artikel festgehaltenen Regeln.

Die Spesenerstattung geschieht in Form einer Erstattung der belegbaren Ausgaben.

§ 2 - In Abweichung von Paragraph 1 haben Bedienstete, die über ein pauschales Telefon- oder Mobiltelefonabonnement zu Lasten der Einrichtung verfügen, in der Regel kein Anrecht auf eine getrennte Erstattung von Telefon- und sonstigen Kommunikationsgebühren.

Ausnahmen zu Absatz 1 werden vorab durch den Vorgesetzten des Bediensteten genehmigt.

Art. 21 - Erstattung von Mitgliedschaftsbeiträgen an Fachverbände

Die durch die Mitgliedschaft eines Bediensteten an einem Fachverband oder einer Berufsorganisation entstehenden Kosten geben Anlass zur Spesenerstattung gemäß den im vorliegenden Artikel festgehaltenen Regeln.

Die Mitgliedschaftsbeiträge können nur dann übernommen werden, wenn für die Einrichtung ein begründetes Interesse der Mitgliedschaft des Bediensteten vorliegt.

KAPITEL 3 — verfahren der spesenerstattung**Art. 22 - Einreichen der Spesenabrechnung**

Die Abrechnungsperiode entspricht entweder dem Kalendermonat oder dem Quartal.

In jedem Fall wird die Spesenabrechnung im Folgemonat der Abrechnungsperiode, auf den sie sich bezieht, eingereicht.

In Abweichung von Absatz 2 können der Generalsekretär des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Dienste der Hauptverwaltung und die Dienste mit getrennter Geschäftsführung und der jeweilige geschäftsführende Direktor für die Einrichtungen öffentlichen Interesses in Fällen von höherer Gewalt die Frist zum Einreichen von Spesenabrechnungen verlängern.

Wurde eine Spesenerstattung für einen bestimmten Zeitraum getätigt, gilt dieser Zeitraum für den Bediensteten als abgeschlossen. Spätere Spesenabrechnungen, die sich auf den abgeschlossenen oder einen früheren Zeitraum beziehen, werden nicht berücksichtigt.

Art. 23 - Formulare

Die Formulare für die Spesenabrechnung der Bediensteten werden in den Einrichtungen wie folgt festgelegt:

1. für die Dienste der Hauptverwaltung und die Dienste mit getrennter Geschäftsführung durch den Generalsekretär des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. für die Einrichtungen öffentlichen Interesses durch den jeweiligen geschäftsführenden Direktor.

KAPITEL 4 — Schlussbestimmungen**Art. 24 - Aufhebungsbestimmung**

Sind aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 24. Dezember 1964 zur Festlegung der Aufenthaltskostenentschädigungen für Personalmitglieder der föderalen öffentlichen Dienste;
2. der Königliche Erlass vom 18. Januar 1965 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über Fahrtkosten;
3. der Königliche Erlass vom 26. März 1965 zur Einführung einer allgemeinen Regelung in Bezug auf Vergütungen, Zulagen und Prämien aller Art zugunsten des Personals der föderalen öffentlichen Dienste;
4. der Erlass der Regierung vom 16. März 2001 bezüglich der allgemeinen Fahrtentschädigungen für das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie für das Personal von Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 25 - Übergangsbestimmung

Spesen, die vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses entstanden sind, können während eines Zeitraums von drei Monaten ab dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses gemäß den vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses geltenden Regeln erstattet werden.

Die nach dem in Absatz 1 genannten Zeitraum zur Erstattung eingereichten Spesen, die vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses entstanden sind, werden nicht berücksichtigt.

Art. 26 - Inkrafttreten

Der vorliegende Erlass tritt am 1. Juli 2015 in Kraft.

Art. 27 - Durchführungsbestimmung

Der für die Finanzen zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. April 2015

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2015/202649]

23 AVRIL 2015. — Arrêté du Gouvernement réglant le remboursement de frais dans certaines institutions de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, § 3, alinéa 1^{er}, modifié par les lois spéciales des 8 août 1988 et 6 janvier 2014;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, alinéa 1^{er}, modifié par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, article 102, § 1^{er}, alinéa 1^{er};

Vu l'arrêté royal du 24 décembre 1964 fixant les indemnités pour frais de séjour des membres du personnel des services publics fédéraux;

Vu l'arrêté royal du 18 janvier 1965 portant réglementation générale en matière de frais de parcours;

Vu l'arrêté royal du 26 mars 1965 portant réglementation générale des indemnités, allocations et primes quelconques accordées au personnel des services publics fédéraux;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 16 mars 2001 portant réglementation générale en matière de frais de parcours pour le personnel du Ministère de la Communauté germanophone ainsi que pour le personnel des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone;

Vu le protocole n° S1/2015 du 19 janvier 2015 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 21 janvier 2015;

Vu l'avis n° 57.110/3 du Conseil d'État, donné le 13 mars 2015, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, de Finances et de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er} — CONDITIONS GÉNÉRALES POUR LE REMBOURSEMENT DE FRAIS**Article 1^{er} - Champ d'application**

§ 1^{er} - Cet arrêté est applicable aux agents des institutions mentionnées à l'article 2, 2^o, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

§ 2 - Par dérogation au premier paragraphe, le présent arrêté ne s'applique pas :

1^o aux services à gestion séparée de l'enseignement communautaire, à l'exception du service à gestion séparée "Service et logistique dans l'enseignement communautaire";

2^o à la haute école autonome;

3^o au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

Par dérogation au premier paragraphe, le présent arrêté ne s'applique pas :

1^o aux frais de transport des membres du personnel conformément à l'arrêté du Gouvernement du 30 novembre 2000 concernant l'intervention de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public dans les frais de transport des membres du personnel;

2^o à l'indemnité kilométrique pour l'utilisation de la bicyclette sur le chemin du travail conformément à l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2000 relatif à l'indemnité kilométrique allouée aux membres du personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone pour l'utilisation de la bicyclette sur le chemin du travail;

3^o aux jetons de présence et indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration conformément à l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone.

Art. 2 - Définitions

Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1^o organisme : toutes les institutions au sens de l'article 1^{er};

2^o frais : toutes les charges financières supportées par l'agent dans l'intérêt ou pour ordre de l'organisme lors de l'exécution d'une mission;

3^o lieu de travail habituel : le lieu de travail habituel des agents des institutions, tel que fixé par le conseil de direction du Ministère de la Communauté germanophone en ce qui concerne les services de l'administration générale et les services à gestion séparée et par le directeur délégué intéressé en ce qui concerne les organismes d'intérêt public;

4^o ministre : le ministre compétent en matière de Finances.

Art. 3 - Principe du remboursement des frais

Des frais ne peuvent être remboursés que dans les cas régis par le présent arrêté.

Le ministre peut déterminer les cas dans lesquels le présent arrêté ne s'applique pas en raison de règlements spécifiques en matière de frais.

Art. 4 - Vérifiabilité des frais

§ 1^{er} - Le remboursement des frais n'intervient que sur présentation de l'original d'un justificatif comptable acquitté.

Sont notamment considérés comme "original" d'un justificatif comptable acquitté :

1^o une facture acquittée;

2^o une facture accompagnée de la preuve du paiement, en particulier d'un extrait de compte;

3^o un titre de transport public oblitéré;

4^o un reçu pour des fournitures ou services prestés mentionnant au moins :

a) l'identité et l'adresse du fournisseur ou du prestataire;

- b) le numéro de reçu;
- c) la date de la fourniture ou de la prestation;
- d) l'objet de la fourniture ou de la prestation;
- e) le montant, TVA comprise;
- 5° une souche TVA.

Les preuves de paiement à elles seules ne sont pas considérées comme "original" d'un justificatif comptable acquitté.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, le remboursement des frais peut s'opérer de manière forfaitaire, conformément aux conditions déterminées au chapitre 2.

Art. 5 - Justification des frais par des raisons de service

§ 1^{er} - Seuls les frais encourus lors de l'exercice d'une mission et ainsi justifiés seront remboursés.

Si, lors de l'exercice d'une mission, des dépenses sont remboursées directement à l'agent par des tiers au titre de frais ou si des avantages en nature ne lui sont pas portés en compte, cela n'ouvre un droit au remboursement des frais dans le cadre du présent arrêté que pour le montant non encore remboursé ou pris en charge par des tiers.

§ 2 - Le supérieur hiérarchique peut déterminer que le décompte des frais d'un agent ne sera pris en considération que s'il y a autorisation expresse préalable. Le cas échéant, le supérieur hiérarchique en informe l'agent auparavant.

Par dérogation au premier alinéa, les frais qui sont engendrés par un séjour à l'étranger avec hébergement ou qui se rapportent à des cotisations à des unions professionnelles sont subordonnés à l'autorisation préalable du supérieur hiérarchique.

Le supérieur hiérarchique refuse, en tout ou partie, le remboursement des frais lorsque le décompte qui lui est présenté n'est pas ou pas suffisamment justifié par des raisons de service.

CHAPITRE 2 — Conditions particulières pour le remboursement des frais

Section 1^{re} - Remboursement de frais engendrés par des déplacements de service

Sous-section 1^{re} - Dispositions générales

Art. 6 - Remboursement de frais engendrés par des déplacements de service

Les frais engendrés par des déplacements de service donnent lieu à un remboursement conformément aux règles fixées dans la présente section.

Art. 7 - Moyen de transport approprié

§ 1^{er} - Le moyen de transport qui, en raison du coût ou de la durée, est le plus approprié sera utilisé pour tout déplacement de service.

Sans préjudice du § 3, il faudra en principe utiliser les transports publics ou les véhicules de service de l'institution pour les déplacements de service.

§ 2 - Il peut être dérogé au § 1^{er} si, d'une part, aucun véhicule de service n'est disponible ou que l'usage d'un tel véhicule allonge de manière substantielle la durée du trajet et que, d'autre part, le recours aux transports publics n'est pas raisonnable ou que l'intérêt du service l'exige.

§ 3 - Un véhicule de fonction est mis à disposition des membres du conseil de direction du Ministère de la Communauté germanophone ainsi que des directeurs délégués des organismes d'intérêt public pour leurs déplacements de service et privés. L'utilisation à des fins privées est considérée, d'un point de vue fiscal, comme un avantage en espèces.

Le Ministre peut :

- 1° fixer les modalités relatives à l'acquisition et l'utilisation des véhicules de fonction;
- 2° déterminer les cas dans lesquels, par dérogation au premier alinéa, un véhicule de fonction est également mis à la disposition des autres agents.

Sous-section 2 - Transports publics

Art. 8 - Recours aux transports publics

Les déplacements effectués en transports publics donnent droit à un remboursement des frais effectivement engagés, mais exclusivement sur la base des tarifs officiels.

Le ministre peut prescrire l'utilisation de certaines formules tarifaires.

Sous-section 3 - Véhicules de service des institutions

Art. 9 - Recours aux véhicules de service des institutions ou aux véhicules de fonction

Les déplacements effectués avec un véhicule de service d'une institution ou avec un véhicule de fonction ne donnent pas droit à une indemnité kilométrique conformément à l'article 12.

Art. 10 - Livret de courses

Un livret de courses est tenu pour chacun des véhicules de service d'une institution.

Sous-section 4 - Véhicules privés des agents

Art. 11 - Recours aux véhicules privés des agents

Les déplacements de service effectués avec le véhicule privé d'un agent donnent droit à une indemnité kilométrique conformément à l'article 12, dans la mesure où les conditions énoncées à l'article 7, § 2, sont respectées.

Si les conditions énoncées à l'article 7, § 2, ne sont pas respectées, le remboursement des frais s'opère sur la base des tarifs officiels des transports publics.

Si un véhicule de fonction est mis à disposition d'une personne, les déplacements de service effectués avec un véhicule privé ne donnent pas droit à une indemnité kilométrique conformément à l'article 12.

Art. 12 - Indemnité kilométrique

Le remboursement des frais encourus pour des déplacements de service effectués avec le véhicule privé des agents s'opère sous la forme d'une indemnité kilométrique forfaitaire de 0,3468 euros par kilomètre parcouru.

L'indemnité kilométrique couvre tous les frais liés à l'utilisation du véhicule, à l'exclusion d'éventuels péages et redevances de stationnement et de l'assurance omnium pour déplacements de service, telle que mentionnée à l'article 13.

Le montant de l'indemnité kilométrique est adapté le 1^{er} juillet de chaque année en appliquant une fraction dont le dénominateur est l'indice des prix à la consommation du mois de mai de l'année en cours et le numérateur celui du mois de mai de l'année précédente. Le résultat est déterminé jusqu'à la quatrième décimale et arrondi selon les règles commerciales.

Art. 13 - Assurance omnium

Afin de couvrir les risques auxquels s'exposent les agents qui utilisent leur véhicule privé pour des déplacements de service, les institutions prennent en charge le coût de l'assurance omnium proportionnellement à l'utilisation du véhicule privé à des fins de service.

Le ministre détermine les modalités d'assurance et la manière de les calculer.

Art. 14 - Parcours minimal

Une indemnité kilométrique conformément à l'article 12 n'est accordée qu'à partir d'un parcours total de 5 kilomètres par déplacement de service.

Par dérogation au premier alinéa, le ministre peut supprimer la distance kilométrique minimale pour certains agents.

Art. 15 - Calcul du parcours

Le parcours est calculé en se basant sur la distance en kilomètres du trajet le plus rapide entre le centre de la localité de départ et le centre de la localité d'arrivée.

Par dérogation au premier alinéa, le ministre peut fixer une distance kilométrique forfaitaire pour certains parcours.

Si le déplacement de service ne commence pas ou ne se termine pas au lieu de travail habituel de l'agent, il faut, pour calculer le parcours, déduire de la distance totale en kilomètres la distance entre la résidence effective et le lieu de travail habituel.

Par dérogation à l'alinéa 3 et sous réserve de régimes de travail spécifiques applicables à certains agents, un déplacement de service effectué le weekend, un jour férié légal ou un jour y assimilé commence et se termine à la résidence effective de l'agent.

Section 2 - Remboursement des frais lors de séjours avec hébergement

Art. 16 - Séjours de plusieurs jours avec hébergement

Lorsque l'agent loge en dehors du lieu de travail habituel à l'occasion de séjours de plusieurs jours motivés par des raisons de service, les frais de séjour encourus donnent lieu à un remboursement conformément aux règles fixées dans la présente section.

Le remboursement des frais s'effectue sous la forme d'un remboursement des dépenses justifiables.

Art. 17 - Distance minimale

Un remboursement des frais conformément à l'article 16 n'est accordé que pour des séjours à une distance d'au moins 25 kilomètres du lieu de travail habituel de l'agent.

Section 3 - Remboursement des frais de réception

Art. 18 - Remboursement des frais de réception

Les frais de réception engendrés par des repas de travail donnent lieu à un remboursement conformément aux règles fixées dans la présente section.

Art. 19 - Remboursement des frais de restaurant

Le remboursement des frais encourus pour des repas de travail s'effectue sous la forme d'un remboursement des dépenses justifiables.

Outre les pièces justificatives originales, les informations suivantes seront jointes au décompte introduit par l'agent :

- 1° nom et localisation du restaurant;
- 2° date du repas de travail;
- 3° nombre de personnes présentes;
- 4° justification.

Section 4 - Remboursement de frais divers

Art. 20 - Remboursement de frais de téléphonie et autres moyens de communication

§ 1^{er} - Les frais de téléphonie ou autres moyens de communication supportés pour des raisons de service donnent lieu à un remboursement conformément aux règles fixées dans le présent article.

Le remboursement des frais s'effectue sous la forme d'un remboursement des dépenses justifiables.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, les agents qui disposent à charge de l'institution d'un abonnement forfaitaire de téléphonie fixe ou mobile n'ont, en règle générale, pas droit à un remboursement distinct de frais de téléphonie ou d'autres moyens de communication.

Les exceptions au premier alinéa seront subordonnées à l'autorisation préalable du supérieur hiérarchique de l'agent.

Art. 21 - Remboursement de cotisations à des unions professionnelles

Les frais engendrés par l'affiliation d'un agent à une union ou organisation professionnelle donnent lieu à un remboursement conformément aux règles fixées dans le présent article.

Les cotisations ne peuvent être prises en charge que lorsqu'il est démontré que l'institution a intérêt à ce que l'agent s'affilie.

CHAPITRE 3 — Procédure de remboursement des frais

Art. 22 - Introduction du décompte des frais

La période de décompte correspond soit au mois civil soit au trimestre.

En tout cas, le décompte sera introduit le mois qui suit la période de décompte à laquelle il se rapporte.

Par dérogation au deuxième alinéa, le délai pour l'introduction des décomptes peut être prolongé en cas de force majeure, et ce, par le secrétaire général du Ministère de la Communauté germanophone en ce qui concerne les services de l'administration générale et les services à gestion séparée et par le directeur délégué intéressé en ce qui concerne les organismes d'intérêt public.

Si un remboursement des frais a été effectué pour une période déterminée, cette période est considérée comme close pour l'agent. Des décomptes tardifs qui se rapportent à la période close ou à une période précédente ne sont pas pris en considération.

Art. 23 - Formulaires

Les formulaires à utiliser pour le remboursement de frais aux agents sont fixés comme suit dans les institutions :

- 1° par le secrétaire général du Ministère de la Communauté germanophone en ce qui concerne les services de l'administration générale et les services à gestion séparée;
- 2° par le directeur délégué intéressé en ce qui concerne les organismes d'intérêt public.

CHAPTIRE 4 — Dispositions finales

Art. 24 - Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

- 1° l'arrêté royal du 24 décembre 1964 fixant les indemnités pour frais de séjour des membres du personnel des services publics fédéraux;
- 2° l'arrêté royal du 18 janvier 1965 portant réglementation générale en matière de frais de parcours;
- 3° l'arrêté royal du 26 mars 1965 portant réglementation générale des indemnités, allocations et primes quelconques accordées au personnel des services publics fédéraux;
- 4° l'arrêté du Gouvernement du 16 mars 2001 portant réglementation générale en matière de frais de parcours pour le personnel du Ministère de la Communauté germanophone ainsi que pour le personnel des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone.

Art. 25 - Disposition transitoire

Pendant une période de trois mois à dater de l'entrée en vigueur du présent arrêté, les frais encourus avant celle-ci peuvent être remboursés conformément aux règles alors applicables.

Les frais qui sont encourus avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, mais dont la demande de remboursement est introduite après la période mentionnée au premier alinéa, ne sont pas pris en considération.

Art. 26 - Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} juillet 2015.

Art. 27 - Exécution

Le Ministre compétent en matière de Finances est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 23 avril 2015.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
O. PAASCH

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2015/202649]

23 APRIL 2015. — Besluit van de Regering tot regeling van de terugbetaling van onkosten in sommige instellingen van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 3, eerste lid, gewijzigd bij de bijzondere wetten van 8 augustus 1988 en 6 januari 2014;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, gewijzigd bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 24 december 1964 tot vaststelling van de vergoedingen wegens verblijfskosten toegekend aan de leden van het personeel der federale overheidsdiensten;

Gelet op het koninklijk besluit van 18 januari 1965 houdende algemene regeling inzake reiskosten;

Gelet op het koninklijk besluit van 26 maart 1965 houdende de algemene regeling van de vergoedingen, toelagen en premies van alle aard toegekend aan het personeel van de federale overheidsdiensten;

Gelet op het besluit van de Regering van 16 maart 2001 houdende algemene reglementering inzake reiskosten voor het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap alsmede voor het personeel van instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op protocol S1/2015 d.d. 19 januari 2015 van het sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 21 januari 2015;

Gelet op advies 57.110/3 van de Raad van State, gegeven op 13 maart 2015, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, Financiën en Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1 — ALGEMENE VOORWAARDEN VOOR DE TERUGBETALING VAN DE ONKOSTEN

Artikel 1 - Toepassingsgebied

§ 1 - Dit besluit is van toepassing op de personeelsleden van de instellingen vermeld in artikel 2, 2°, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 is dit besluit niet van toepassing op:

- 1° de diensten met afzonderlijk beheer van het gemeenschapsonderwijs, met uitzondering van de dienst met afzonderlijk beheer "Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs";
- 2° de autonome hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap;

3° het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren.

In afwijking van paragraaf 1 is dit besluit niet van toepassing op:

1° de vervoerkosten van de personeelsleden in de zin van het besluit van de Regering van 30 november 2000 betreffende de regeling van de tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap en van sommige instellingen van openbaar nut in de vervoerkosten van de personeelsleden;

2° de kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk in de zin van het besluit van de Regering van 20 december 2000 houdende toekenning van een kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk aan de personeelsleden van het Ministerie en van sommige instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap;

3° het presentiegeld en de reisvergoedingen in sommige instellingen en raden van beheer in de zin van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2 - Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° instelling: alle instellingen in de zin van artikel 1;

2° onkosten: alle uitgaven die de personeelsleden in het belang of in opdracht van de instelling doen en die rechtstreeks voortvloeien uit de uitvoering van een dienstopdracht;

3° gewoonlijke werkplek: de plaats waar de personeelsleden van de instellingen gewoonlijk werken en die voor de diensten van het hoofdbestuur en de diensten met afzonderlijk beheer wordt vastgelegd door de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en die voor de instellingen van openbaar nut wordt vastgelegd door de betrokken afgevaardigd directeur;

4° Minister: de minister bevoegd voor Financiën.

Art. 3 - Beginsel van de terugbetaling van de onkosten

Onkosten kunnen alleen terugbetaald worden in de gevallen die in dit besluit geregeld worden.

De Minister kan de gevallen bepalen waarin dit besluit op grond van specifieke onkostenregelingen niet van toepassing is.

Art. 4 - Bewijsbaarheid van de onkosten

§ 1 - Onkosten worden alleen terugbetaald op vertoon van het origineel van een gekwiteerd boekhoudkundig document.

Als origineel van een gekwiteerd boekhoudkundig document geldt in het bijzonder:

1° een gekwiteerde factuur;

2° een factuur met betalingsbewijs, in het bijzonder met een rekeninguittreksel;

3° een afgestempeld vervoerbewijs van het openbaar vervoer;

4° een kwitantie voor levering of diensten die op zijn minst de volgende gegevens bevat:

a) de naam en het adres van de leverancier of de dienstverrichter;

b) het nummer van de kwitantie;

c) de datum van de levering of de dienst;

d) het voorwerp van de levering of de dienst;

e) het bedrag, btw inbegrepen;

5° een btw-kwitantie.

Betalingsbewijzen op zich gelden niet als origineel van een gekwiteerd boekhoudkundig document.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 kunnen de onkosten forfaitair terugbetaald worden overeenkomstig de voorwaarden bepaald in hoofdstuk 2.

Art. 5 - Verantwoording van de onkosten door dienstredenen

§ 1 - Alleen onkosten die voortvloeien uit de uitvoering van een dienstopdracht en aldus verantwoord worden, worden terugbetaald.

Indien het personeelslid bij de uitvoering van een dienstopdracht uitgaven doet die rechtstreeks door derden als onkosten terugbetaald worden of voordelen in natura krijgt die niet aangerekend worden, opent dit alleen een recht op terugbetaling van de onkosten in het kader van dit besluit voor het gedeelte van het bedrag dat nog niet door derden terugbetaald of overgenomen werd.

§ 2 - De hiërarchische meerdere kan bepalen dat de onkostenafrekening van een personeelslid alleen in aanmerking wordt genomen indien hij daartoe vooraf zijn uitdrukkelijke toestemming heeft gegeven. In dat geval stelt de hiërarchische meerdere het personeelslid daarvan vooraf in kennis.

In afwijking van het eerste lid is de voorafgaande toestemming van de hiërarchische meerdere altijd vereist voor onkosten die voortvloeien uit een verblijf in het buitenland met overnachting of voor kosten die voortvloeien uit bijdragen voor het lidmaatschap van federaties.

De hiërarchische meerdere weigert de terugbetaling van de onkosten geheel of gedeeltelijk indien de hem voorgelegde onkostenafrekening niet of niet voldoende verantwoord wordt door dienstredenen.

HOOFDSTUK 2 — BIJZONDERE VOORWAARDEN VOOR DE TERUGBETALING VAN DE ONKOSTEN

Afdeling 1 - Terugbetaling van de kosten voor dienstreizen

Onderafdeling 1 - Algemene bepalingen

Art. 6 - Terugbetaling van de kosten voor dienstreizen

De kosten die voortvloeien uit dienstreizen worden terugbetaald volgens de regels bepaald in deze afdeling.

Art. 7 - Geschikt vervoersmiddel

§ 1 - Elke dienstreis wordt gemaakt met het vervoersmiddel dat op grond van de reiskosten en de reisduur het meest geschikt is.

Zonder afbreuk te doen aan paragraaf 3 worden dienstreizen principieel met het openbaar vervoer of met dienstvoertuigen van de instelling gemaakt.

§ 2 - Van paragraaf 1 kan worden afgeweken indien enerzijds geen dienstvoertuig beschikbaar is of de reistijd door het gebruik van een dienstvoertuig aanzienlijk langer wordt en anderzijds het openbaar vervoer geen redelijk alternatief biedt of indien het belang van de dienst het vereist.

§ 3 - De leden van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en de afgevaardigde directeurs van de instellingen van openbaar nut krijgen een ambtswagen ter beschikking gesteld voor dienstgebruik en persoonlijk gebruik. Het persoonlijk gebruik wordt fiscaal als een geldelijk voordeel beschouwd.

De Minister kan :

1° de nadere regels voor de aanschaffing en het gebruik van de ambtswagens bepalen;

2° de gevallen bepalen waarin, in afwijking van het eerste lid, ook andere personeelsleden een ambtswagen ter beschikking gesteld krijgen.

Onderafdeling 2 - Openbaar vervoer

Art. 8 - Gebruik van het openbaar vervoer

Reizen met het openbaar vervoer worden alleen terugbetaald ten belope van de werkelijke onkosten en uitsluitend op basis van de officiële tarieven.

De Minister kan voorschrijven dat bepaalde tariefformules moeten worden gebruikt.

Onderafdeling 3 - Dienstvoertuigen van de instellingen

Art. 9 - Gebruik van dienstvoertuigen van de instellingen of ambtswagens

Reizen met een dienstvoertuig van een instelling of met een ambtswagen geven geen recht op een kilometervergoeding overeenkomstig artikel 12.

Art. 10 - Rittenboek

Voor elk dienstvoertuig van een instelling wordt een rittenboek bijgehouden.

Onderafdeling 4 - Privévoertuigen van de personeelsleden

Art. 11 - Gebruik van privévoertuigen van de personeelsleden

Dienstreizen met het privévoertuig van een personeelslid geven recht op een kilometervergoeding overeenkomstig artikel 12, voor zover de voorwaarden vermeld in artikel 7, § 2, worden nageleefd.

Indien de voorwaarden vermeld in artikel 7, § 2, niet worden nageleefd, worden de onkosten terugbetaald op basis van de officiële tarieven van het openbaar vervoer.

Wie een ambtswagen ter beschikking gesteld krijgt, heeft geen recht op kilometervergoeding overeenkomstig artikel 12 voor dienstreizen met een privévoertuig.

Art. 12 - Kilometervergoeding

De onkosten voor dienstreizen met het privévoertuig van de personeelsleden worden terugbetaald in de vorm van een forfaitaire kilometervergoeding van 0,3468 euro per kilometer.

De kilometervergoeding dekt alle kosten die door het gebruik van het voertuig ontstaan, met uitzondering van tol- en parkeergeld en de omniumverzekering voor de dienstreizen vermeld in artikel 13.

Het bedrag van de kilometervergoeding wordt elk jaar op 1 juli vermenigvuldigd met een breuk waarvan de noemer gevormd wordt door het indexcijfer van de consumptieprijzen van de maand mei van het lopende jaar en waarvan de teller gevormd wordt door het indexcijfer van de consumptieprijzen van de maand mei van het vorige jaar. De uitkomst wordt afgerond op vier decimalen, waarbij de vierde decimaal met 1 wordt verhoogd indien de vijfde decimaal 5 of hoger is.

Art. 13 - Omniumverzekering

Om de risico's te dekken van de personeelsleden die hun privévoertuig voor dienstreizen gebruiken, nemen de instellingen de kosten van een omniumverzekering over in verhouding tot het gebruik van het privévoertuig voor dienstdoeleinden.

De nadere regels omtrent de verzekering en de berekeningswijze worden door de Minister bepaald.

Art. 14 - Minimum aantal kilometers

Er is slechts een kilometervergoeding overeenkomstig artikel 12 vanaf een totale afstand van 5 kilometer per dienstreis.

In afwijking van het eerste lid kan de Minister de minimumafstand voor bepaalde personeelsleden opheffen.

Art. 15 - Berekening van het traject

Het traject wordt berekend op basis van de afstand van de snelste route tussen het centrum van de plaats van vertrek en het centrum van de plaats van bestemming, uitgedrukt in kilometers.

In afwijking van het eerste lid kan de Minister een forfaitaire kilometervergoeding voor bepaalde trajecten bepalen.

Indien de dienstreis niet op de gewoonlijke werkplek van het personeelslid begint of eindigt, wordt het traject berekend door de afstand tussen de werkelijke woonplaats en de gewoonlijke werkplek van het totale aantal kilometers af te trekken.

In afwijking van het derde lid en onder voorbehoud van de toepassing van specifieke arbeidstijdregelingen die op sommige personeelsleden van toepassing zijn, begint en eindigt een dienstreis in het weekend, op een wettelijke feestdag of op een daarmee gelijkgestelde dag op de werkelijke woonplaats van het personeelslid.

Afdeling 2 - Terugbetaling van de kosten bij verblijven met overnachting

Art. 16 - Meerdaagse verblijven met overnachting

De verblijfskosten die ontstaan doordat het personeelslid verscheidene dagen voor de dienst buiten de gewoonlijke werkplek verblijft en overnacht, worden terugbetaald volgens de regels bepaald in deze afdeling.

De terugbetaling van de onkosten geschiedt in de vorm van een terugbetaling van de bewijsbare uitgaven.

Art. 17 - Minimumafstand

Een terugbetaling van de onkosten overeenkomstig artikel 16 geschiedt uitsluitend voor verblijven op een opstand van minstens 25 kilometer van de gewoonlijke werkplek van het personeelslid.

Afdeling 3 - Terugbetaling van de representatiekosten

Art. 18 - Terugbetaling van de representatiekosten

De representatiekosten die voortvloeien uit werklunches of werkdiners in het kader van de dienst worden terugbetaald volgens de regels bepaald in deze afdeling.

Art. 19 - Terugbetaling van restaurantkosten

De terugbetaling van werklunches of werkdiners in het kader van de dienst geschiedt in de vorm van een terugbetaling van de bewijsbare uitgaven.

Bij de afrekening van de onkosten van het personeelslid worden, naast de originele bewijsstukken, de volgende gegevens gevoegd :

- 1° naam en plaats van het restaurant;
- 2° datum van de werklunch of het werkdiner;
- 3° aantal aanwezigen;
- 4° verantwoording.

Afdeling 4 - Terugbetaling van diverse kosten

Art. 20 - Terugbetaling van telefoon- en andere communicatiekosten

§ 1 - De om dienstredenen gemaakte kosten voor telefonie of andere communicatiemiddelen worden terugbetaald volgens de regels bepaald in dit artikel.

De terugbetaling van de onkosten geschiedt in de vorm van een terugbetaling van de bewijsbare uitgaven.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 hebben personeelsleden die voor rekening van de instelling een forfaitair abonnement voor vaste of mobiele telefonie hebben, in de regel geen recht op een afzonderlijke terugbetaling van telefoon- en andere communicatiekosten.

Voor uitzonderingen op het eerste lid is de voorafgaande toestemming van de hiërarchische meerdere van het personeelslid vereist.

Art. 21 - Terugbetaling van bijdragen voor het lidmaatschap van federaties

De kosten die voortvloeien uit het lidmaatschap van een federatie of een beroepsorganisatie worden terugbetaald volgens de regels bepaald in dit artikel.

De bijdragen voor het lidmaatschap kunnen alleen overgenomen worden als aangetoond wordt dat de instelling belang heeft bij het lidmaatschap van het personeelslid.

HOOFDSTUK 3 — PROCEDURE VOOR DE TERUGBETALING VAN DE ONKOSTEN

Art. 22 - Indienen van de onkostenafrekening

De afrekeningsperiode is ofwel de kalendermaand ofwel het kwartaal.

In elk geval wordt de onkostenafrekening ingediend in de maand die volgt op de afrekeningsperiode waarop de onkostenafrekening betrekking heeft.

In afwijking van het tweede lid kan de termijn voor het indienen van onkostenafrekeningen in geval van overmacht verlengd worden : voor de diensten van het hoofdbestuur en voor de diensten met afzonderlijk beheer kan dit door de secretaris-generaal van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en voor de instellingen van openbaar nut kan dit door de betrokken afgevaardigd directeur.

Indien de onkosten voor een bepaalde periode werden terugbetaald, wordt die periode als afgesloten beschouwd voor het personeelslid. Laattijdige onkostenafrekeningen die betrekking hebben op de afgesloten periode of op een vroegere periode worden niet in aanmerking genomen.

Art. 23 - Formulieren

De formulieren voor de onkostenafrekening van de personeelsleden worden in de instellingen als volgt vastgelegd :

- 1° voor de diensten van het hoofdbestuur en de diensten met afzonderlijk beheer door de secretaris-generaal van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° voor de instellingen van openbaar nut door de betrokken afgevaardigd directeur.

HOOFDSTUK 4 — Slotbepalingen

Art. 24 - Opheffingsbepaling

Volgende regelingen worden opgeheven :

- 1° het koninklijk besluit van 24 december 1964 tot vaststelling van de vergoedingen wegens verblijfskosten toegekend aan de leden van het personeel der federale overheidsdiensten;
- 2° het koninklijk besluit van 18 januari 1965 houdende algemene regeling inzake reiskosten;
- 3° het koninklijk besluit van 26 maart 1965 houdende de algemene regeling van de vergoedingen, toelagen en premies van alle aard toegekend aan het personeel van de federale overheidsdiensten;
- 4° het besluit van de Regering van 16 maart 2001 houdende algemene reglementering inzake reiskosten voor het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap alsmede voor het personeel van instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 25 - Overgangsbepaling

Onkosten die voor de inwerkingtreding van dit besluit ontstaan zijn, kunnen - gedurende een periode van drie maanden die ingaat bij de inwerkingtreding van dit besluit - terugbetaald worden volgens de regels die voor de inwerkingtreding van dit besluit golden.

De onkosten die voor de inwerkingtreding van dit besluit ontstaan zijn, maar waarvoor de aanvraag om terugbetaling ingediend is na de periode vermeld in het eerste lid, worden niet in aanmerking genomen.

Art. 26 - Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 juli 2015.

Art. 27 - Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Financiën is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 23 april 2015.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
O. PAASCH